

SIN/mo

Bern, den 5. Mai 1986

EDA-Informationspolitik nach dem 16. März 1986

1. Vom Bundesrat abgesehen stellt das Resultat der UN-Abstimmung auch eine Desavouierung des Parlaments und der Medien dar. Beide hatten sich ja mit starker Mehrheit für den Beitritt ausgesprochen.
Die Niederlage des 16. März liegt darin begründet, dass es zwar gelungen ist, im Parlament und bei den Medien Verständnis für die Vorlage zu wecken, nicht jedoch im Volk. Jede zukünftige Informationspolitik muss dem Rechnung tragen.
2. Eine erste Folgerung dürfte sein, dass Berührungsgängste zu Parlamentariern und Journalisten falsch sind. Diese Personenkategorien sind wahrscheinlich im Gegenteil so etwas wie unsere natürlichen Verbündeten im Kampf um eine vermehrte Sensibilisierung der öffentlichen Meinung für die internationale Lage der Schweiz. Der Kontakt mit ihnen sollte gesucht werden. Viel gefährlicher für das EDA als ein zu starkes künftiges Engagement von Parlamentariern für aussenpolitische Fragen wäre ein abnehmendes Interesse für solche Fragen. In diesem Sinn ist der jetzige Moment im Vergleich zu früheren Zeiten günstig. Unter diesem Gesichtspunkt wäre z.B. die Teilnahme von Parlamentariern an Delegationen bei Konferenzen zu überprüfen. Die Erfahrung, z.B. im Europarat zeigt, dass praktisches Erleben aussenpolitischer Aktivitäten das Verständnis für EDA-Probleme steigert.
3. Eine zweite Folgerung ist, dass Kontakte zu Parlamentariern und Journalisten nicht genügen. Neben diesen Kommunikationskanälen und der Verbindung zu gewissen elitären Gremien (Gesellschaft für Aussenpolitik, Historische Standortsbestimmung) werden neue Kanäle zum Volk benötigt. Politische Parteien, Interessenverbände (Gewerkschaften, Wirtschaft, Gewerbe, Bauern), Rotary/Lions

./.

etc. etc. könnten dazu dienen und sollten vermehrt zu diesem Zweck angegangen werden. Das Gespräch sollte auch nicht nur auf nationaler, sondern vermehrt ebenfalls auf kantonaler und kommunaler Ebene gesucht werden.

4. Eine dritte Folgerung aus der UN-Abstimmung ist, dass wir nicht so sehr mit einem Informationsproblem konfrontiert sind. Information gab es während der Kampagne im Ueberfluss. Das Problem ist vielmehr, dass die vorhandene Information am Durchschnittsbürger abprallt, von ihm nicht aufgenommen und in einem gedanklichen Prozess verarbeitet wird.

Zusätzliche Pressecommuniqués und Pressekonferenzen, Änderungen im Organigramm und bei den Weisungen des Presse- und Informationsdienstes, Artikel und Vorträge werden da wenig ändern.

Notwendig ist mehr als nur Information.

5. Notwendig ist, dass sich das Volk durch aussenpolitische Probleme vermehrt direkt angesprochen fühlt und diese als eigene Probleme erkennt. Ein Anfang in dieser Richtung ist mit gewissen Meinungsführern (Ziff. 3) zu machen. Anzustreben ist - über die Information hinaus - ihr stärkeres, persönliches Engagement und ihre Identifikation mit aussenpolitischen Problemen. Die Erfahrung hat gezeigt, dass dies auf theoretischer Basis nicht möglich ist. Noch so gute Artikel, die versuchen z.B. die Auswirkungen von UN-Aktivitäten auf den einzelnen Bürger darzulegen, bewirken da nichts. Das persönliche Betroffensein fehlt. Als Alternative bleibt der Versuch, dies durch das Herstellen persönlicher Beziehungen zu gewissen Meinungsführern zu erreichen.

Ein solcher Kontakt kann nicht einseitig sein. Auf unserer Seite muss die Bereitschaft zum Dialog bestehen, d.h. die Bereitschaft, sich mit den Ideen des Gesprächspartners auseinanderzusetzen - eventuell sogar die eigene Meinung zu ändern.*) Dies

*) Unter diesem Gesichtspunkt war die der schweizerischen Oeffentlichkeit vielleicht etwas vorschnell verkündete These, der 16. März werde nichts an unserer Aussenpolitik ändern ein schlechter Ausgangspunkt für einen Neubeginn. Von mancher Seite wird zwar keine Neuorientierung erwartet, aber eine Ueberprüfung der Art und Weise, wie die Konstanten unserer Politik umgesetzt werden.

kann umgekehrt dazu führen, dass sich die andere Seite vermehrt in die Verantwortung eingebunden fühlt.

Neben den Kontakten mit Meinungsführern müssen sich bietende Gelegenheiten zur persönlichen Begegnung mit einem weiteren Kreis von Stimmbürgern ausgenützt werden. Solche Gelegenheiten bieten z.B. ein "Tag der offenen Tür" und die Landesausstellung 1991.

6. Die Forderung nach besserer Verankerung unserer aussenpolitischen Tätigkeit im Volk kann nicht getrennt werden vom "Imageproblem" unseres Departements und der Diplomaten allgemein. Voraussetzung für einen nutzbringenden Dialog ist, dass er auf Seiten der Verwaltung von Leuten mit positiver Ausstrahlung und mit entsprechendem politischen und persönlichem Gewicht geführt wird.
7. Konkret wird es in nächster Zukunft - als Anfang einer mehrjährigen Anstrengung - meiner Meinung nach darum gehen müssen, in Zusammenarbeit mit Experten für "public relations" und Kommunikation ein Konzept zu entwerfen und anschliessend die notwendigen ersten Kontakte zu gewissen Meinungsführern herzustellen. Daneben bleibt eine umsichtige und kluge, kontinuierliche aussenpolitische Information selbstverständliche Voraussetzung für jedes weitere Handeln.

